



Positionspapier

zum Problem

„Armut und Reichtum in Deutschland“

Der DGB-Chef Sommer warnt vor dem Hintergrund unermesslich steigender Energiepreise, dass im kommenden Winter wohl zehntausende Bundesbürger frieren müssten. Diese durchaus realitätsnahen Worte widerspiegeln einen eklatanten Skandal für die reiche Bundesrepublik Deutschland! Sie sind Ausdruck einer rasant zunehmenden Armut mit all ihren Spätfolgen! Selbst die tendenziösesten Statistiken können diese Tatsachen nicht mehr verkleistern. Die Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander.

Die Bundesregierung legt ihren Dritten Armuts- und Reichtumsbericht vor. Wird sie deshalb auch ihre Politik ändern?

Bisher lauteten die Antworten auf solche Berichte schon fast stereotyp immer gleich und mündeten in der Forderung, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Dann folgte im Bündnis mit den Medien der Chor der Lobbyisten.

Auch dieses Mal werden sie mit sich überschlagenden Forderungen und Vorschlägen das Bild eines neoliberalen Deutschland zeichnen und dabei anmahnen:

1. im Zuge der Globalisierung und dem internationalen Wettbewerb bessere Reproduktionsbedingungen für den Standort Deutschland zu gewährleisten. Sie meinen damit Steuer- und Fördergeschenke, die Aufweichung von Arbeitnehmerrechten, den Rechten der Gewerkschaften und wichtiger Schutzbestimmungen für die Arbeitnehmer.
2. den durchschnittlichen Kostenfaktor Arbeit zu reduzieren. Hier meinen sie den Verzicht auf Mindestlöhne, einen Freibrief für Lohndumping und die Verabschiedung von ihrer Mitverantwortung für das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme. Soll doch jeder selbst für sich sorgen.
3. dass der Staat sich noch weiter aus der Wirtschaft zurückziehen möge. Indem sie der Öffentlichkeit einzureden versuchen, dass die staatlichen Regularien kontraproduktiv für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Deutschland seien, streben sie nach der Freiheit, ungebremst und ohne Rücksicht auf die Zukunft alles, was Gewinn verspricht, ihrem Verwertungs- und Profitstreben unterwerfen zu können.

Schlimm, aber in ihrer Beständigkeit schon peinlich ist, dass diese Thesen mit ihren haltlosen Begründungen fast schon den Rang einer eigenständigen Ideologie eingenommen haben und seit Jahren einen weitgehend ungefilterten Widerhall bei unseren Spitzenpolitikern finden. Im Gleichklang mit den Mächtigen der Wirtschaft plappern sie den Unsinn variationsreich nach und setzen Schritt für Schritt die Prämissen des 1982 kreierten, so genannten „Lambsdorff Papiers“ um. Dabei handelt es sich um Prämissen, welche zwar rhetorisch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als vordringlichste und wichtigste Aufgabe postulieren aber in ihren Umsetzungsvorstellungen ein Konzept der Kälte, des Sozialabbaus, der Umverteilung und damit der Initiierung noch größerer Arbeitslosigkeit darstellen.

Es ist das „Verdienst“ des ehemaligen Bundeskanzlers Schröder, dass die Lambsdorff-Positionen in der „AGENDA 2010“ deutliche Gestalt angenommen und von den etablierten Volksparteien und ihren Spitzenfunktionären in der politischen Wahrnehmung als alternativlos angebetet werden. So ist es auch nicht verwunderlich, dass in der Regierungszeit der großen Koalition am Konzept der „AGENDA 2010“ und den damit verbundenen „Hartz-Gesetzen“ nichts Grundlegendes geändert wurde. Kleine Nachbesserungen im Sinne kosmetischer Operationen: ja. Höchst fragwürdige Anpassungen an den so genannten „Warenkorb“: ja. Punktuelle Korrekturen: ja. Alles nur Tropfen auf einen heißen Stein! Geblieben ist, die „AGENDA 2010“ und ihre „Hartz-Gesetze“ sind:

- ein Verwirklichungsbaustein einer langfristigen Strategie
- lt. Franz Müntefering ein bürokratisches Monster
- entwürdigend und mit ihren repressiven Nebenbedingungen eine Kampfansage gegen die Arbeitslosen, nicht gegen die Arbeitslosigkeit
- ein Angriff der Mächtigen auf das durchschnittliche Lohnniveau und die erkämpften Arbeitnehmerrechte in Deutschland
- eine beispiellose Vernichtung der Ergebnisse des Lebenswerkes von Millionen von Betroffenen
- Massenarmut per Gesetz und das mit steigender Tendenz und Auswirkung
- eine Bedrohung des sozialen Friedens in Deutschland
- Vorschub für eine Radikalisierung der Gesellschaft und ihres Staatswesens
- eine fortgesetzte Aushöhlung des Sozialstaates und
- ungeeignet, die anstehenden Probleme zu lösen

Daran ändert auch die Selbstbeweihräucherung führender Politiker nichts! Ein anderes Konzept muss her! Dazu müssen jedoch die Götzenbilder des schon im 20. Jahrhundert gescheiterten Neoliberalismus gestürzt werden. Und das geschieht nicht von allein!

Deshalb der Appell an alle Betroffenen:

- Zieht euch nicht in eure individuelle Anonymität zurück, sondern artikuliert eure Not, eure Interessen und euren Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben in der Öffentlichkeit!
- Lasst euch nicht von scheinbaren Notwendigkeiten und Versprechungen einlullen, sondern nutzt die bevorstehenden Wahlkämpfe und euer Stimmrecht für eine sozialere Politik!
- Das bisherig Dargestellte war nur eine Facette. Prüft die 1.000-Tage-Bilanz der großen Koalition u. a. unter den Stichworten Steuerrecht, Gesundheitsreform, große Rentenreform und vergleicht sie mit den Wahlversprechungen!

Jahrelange Zugeständnisse haben die Gewinne explodieren lassen.

Der kleine Mann geht leer aus. Das muss sich ändern!

Diese Änderungen müssen jedoch erstritten werden!

Anmerkung:

das „Lambsdorff Papier“ finden Sie unter diesem [Link](#)

vgl. auch: [5 Jahre Hartz IV](#)